



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/44 - 21.2.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 374 54-59  
Fernschreiber 039 890

Chronik der Adenauer-dpa-Kontroverse	S. 1
Kommunisten sprechen lieber englisch	S. 5
Resignation oder diplomatische Karriere ?	S. 6

## Die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers

(sp) In den Tagen der großen Wehrbeitrags-Debatte im Bundestag ist ein Vorgang nur am Rande behandelt worden, der jetzt, nachdem die politische Erregung zunächst einmal etwas abgeklungen und das Material über jenen Vorgang vervollständigt worden ist, näher untersucht werden muß, auch wenn man darüber woanders anderer Meinung sein sollte. Es handelt sich dabei um nicht mehr oder weniger als die Frage nach der Glaubwürdigkeit Dr. Adenauers, des Kanzlers der Deutschen Bundesrepublik.

Dies ist der Sachverhalt: Am 4. Februar gab die Deutsche Presse-Agentur (dpa) eine Meldung aus, nach der der Bundeskanzler vor der Fraktion der CDU/CSU u.a. erklärt habe, "er sähe sich nicht in der Lage, den Generalvertrag, die Zusatzverträge und das Abkommen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft zu unterzeichnen, bevor nicht die deutschen Wünsche hinsichtlich der Saar und des Eintrittes der Bundesrepublik in die NATO-Organisation geregelt werden". Der Inhalt dieser Meldung stimmte auch mit der überein, die der CDP (Christlich-Demokratischer Pressedienst) eine Stunde vor dpa veröffentlicht hatte und mit dem Bericht, den der Bonner Korrespondent der CDU-Zeitungen "Kölnische Rundschau" und "Rheinische Post" seinen Blättern gegeben hatte.

Am 5. Februar gab das Auswärtige Amt ein Dementi aus, in dem zu diesem Punkt lediglich verzeichnet war, der Bundeskanzler habe am Montag vor der CDU/CSU-Fraktion "über die außenpolitische

Lage berichtet und dabei auf die in den letzten Wochen entstandenen Schwierigkeiten hingewiesen". dpa fügte von sich aus hinzu, das Auswärtige Amt habe mit dieser Erklärung die Berichte zurückgewiesen, nach denen der Bundeskanzler gesagt habe, daß er sich nicht in der Lage sähe, die verschiedenen Verträge zu unterzeichnen, wenn nicht die deutschen Wünsche hinsichtlich der Saar und des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO geregelt würden. Eine derartige Information, so hieß es weiter, sei aus CDU-Kreisen über den Verlauf der Sitzung gegeben worden. Das Dementi der Regierung wich also einer konkreten Feststellung aus und suchte sie mit einer ganz allgemeinen Wendung zu entkräften. Am gleichen Tage verbreitete die amerikanische Nachrichten-Agentur AP, der Bundeskanzler habe erklärt: "Der Bericht der deutschen Agentur von gestern Abend ist völlig unwahr. Es ist kein Wunder, daß er Befremden in Frankreich ausgelöst hat".

Am 7. Februar erklärte der Bundeskanzler zu dieser Angelegenheit im Bundestag:

"Nun plötzlich wird die Saarfrage akut. Und in das Feuer, das angezündet worden ist, ist noch Brennstoff hineingegeben worden durch eine - lassen Sie mich das hier, und das geht namentlich an die Adresse des Auslandes, mit aller Entschiedenheit und mit aller Klarheit sagen - eine falsche Meldung der dpa über das, was ich in meiner Fraktion erklärte. Diese Erklärung der dpa - ich habe jede Erklärung abgelehnt über das, was ich gesagt habe - diese Erklärung der dpa beruht, das möchte ich hier ausdrücklich feststellen, nicht etwa auf irgendeiner Angabe des Vorsitzenden oder des Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion, sondern sie beruht auf irgendwelchen, leider bisher von mir noch nicht festgestellten Flüstergesprächen zwischen Vertretern der dpa - und wie die dpa behauptet - einem Mitglied dieser Fraktion. Ich muß aber, weil mir im deutschen Interesse daran liegt, daß diese ganzen Fragen wegen der Bedeutung, die sie für ganz Deutschland und für Europa haben, in einer möglichst ruhigen Atmosphäre verlaufen nochmals erklären, daß die Angaben der dpa über das, was ich in meiner Fraktion erklärt haben sollte, unwahr sind, unzutreffend sind".

Inzwischen war festgestellt worden, daß die dpa-Meldung vom 4. Februar auf den Angaben mehrerer Abgeordneter der CDU und einer Niederschrift aus der Fraktions-Sitzung beruhte, die "ein offiziell bestellter Chronist" (d.h. der Pressereferent der Fraktion) angefertigt hatte. Die entsprechende Stelle der Adenauer'schen Ausführungen lautete nach dieser Niederschrift:

"Wir können es nicht dulden, daß 500000 junge Deutsche einem fremden Kommando wie SHAPE bzw. NATO unterstellt werden, auf das wir keinen Einfluß haben. Ich sehe mich daher nicht in der Lage, den Generalvertrag, die Zusatzverträge und das Abkommen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu unterzeichnen, bevor nicht die deutschen Wünsche hinsichtlich der Saar und des Eintritts in die NATO geregelt sind. Ich habe Staatssekretär Hallstein angewiesen, bei den Pariser Verhandlungen nicht mehr mit abzustimmen".

Am gleichen 7. Februar, dem Tage, an dem der Bundeskanzler die der "unwahren" und, mit einem abschwächenden Ausdruck, der "anzutreffenden" Berichterstattung bezichtigte, wurden von Regierungsseite bei leitenden Angestellten der dpa mehrere Versuche unternommen, die ganze Angelegenheit beizulegen. Es wurde unter der Hand zugegeben, die dpa habe sich absolut korrekt verhalten und man würde ihr dankbar sein, wenn sie nichts weiter unternehmen würde. Im gleichen Sinne äußerte sich ein führender CDU-Abgeordneter. Es fiel in diesem Zusammenhang auch die Wendung, es würde "einen Krieg bis aufs Messer geben", wenn die dpa sich solchen Wünschen gegenüber versagen sollte, zumal es sich um "eine sehr wichtige Sache, sozusagen eine nationale Aufgabe" handele. Man wollte die Angelegenheit vertuschen. Ein weiterer Beweis dafür: Im amtlichen "Bulletin" vom 9. Februar (Nr. 17) ist der Wortlaut der Kanzlerrede abgedruckt - mit Ausnahme der die dpa-Angelegenheit betreffenden Stelle.

Am 11. Februar wurden drei der CDU angehörende Mitglieder des Aufsichtsrates der dpa vom Kanzler empfangen. Am 12. Februar veröffentlichte die dpa in ihren Informationen folgende Mitteilung:

"Die Redaktionskommission des Aufsichtsrates der Deutschen Presse-Agentur GmbH hat sich am 12. Februar in Bonn mit der zwischen dem Bundeskanzler und der Redaktion von dpa entstandenen Kontroverse befaßt. Sie hat festgestellt, daß die von dpa am 4. Februar veröffentlichte Nachricht in der von dpa verbreiteten Fassung aus der Fraktion der CDU vermittelt worden ist. Es war der Redaktion jedoch nicht bekannt, daß diese Fassung nicht einem Protokoll dieser Fraktionssitzung entnommen ist, da ein solches nicht existiert. Aus diesem Sachverhalt erklärt sich der entstandene Konflikt".

Entgegen dieser Mitteilung besteht zwar kein "Protokoll", aber jene schon erwähnte Niederschrift des Pressereferenten der CDU-Fraktion. Ihre Existenz wurde am 7. Februar von einem Aufsichtsratsmitglied der dpa, welches der CDU angehört bestätigt. "Der entstandene

Konflikt" hängt auch nicht mit dem feinen Unterschied von Protokoll und Niederschrift zusammen, sondern mit der schlichten Tatsache, daß der deutsche Bundeskanzler die Unwahrheit gesagt hat, wenn er behauptete, er habe nicht erklärt, was in der dpa-Meldung vom 4. Februar zu lesen war.

Ein Argument in der Umgebung des Kanzlers war es, diese unquickliche Angelegenheit hätte man aus außen- bzw. nationalpolitischen Erwägungen auf sich beruhen lassen sollen. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Ansinnen die Sache nur noch verschlimmern würde, hat das Ausland ohnehin zu dem frühestmöglichen Termin reagiert: Schon am 6. Februar befaßten sich "Franc-Tireur" und "New York Times" sehr kritisch mit der Angelegenheit, in den Tagen danach taten es viele andere Zeitungen. Am 7. Februar wurde einem deutschen Korrespondenten in Paris am Quai d'Orsay erklärt, der von Dr. Adenauer als unrichtig bezeichnete Satz der dpa-Meldung entspreche einem Bericht, den der Französische Hohe Kommissar in Deutschland über Adenauers Haltung zur Grandval-Ernenennung erstattet habe. - Da war also kein Porzellan mehr zu zerschlagen, es lag schon in Scherben.

Man hat oft mit der bei solchen Formulierungen üblichen Übertreibung gesagt, das Dementi sei nichts anderes, als eine Form der politischen Lüge. Jedenfalls wissen alte journalistische Praktiker, daß Dementis mindestens ebensooft dem Zweck dienen, die Wahrheit zu verschleiern, als dem, sie zu ergründen. Dr. Adenauer erhebt-ausdrücklich oder durch die Form seines Auftretens oder die Wahl seiner Worte-allzu nachdrücklich und oft den Anspruch auf einen besonderen Grad der Vertrauenswürdigkeit. Das seinerzeitige Wort Kurt Schumachers vom reservierten Verhältnis des Bundeskanzlers zur Wahrheit hat einmal bei den politischen Freunden Adenauers Unwillen und Empörung hervorgerufen. Heute zeigen sich einige von ihnen, wenn das Thema der Glaubwürdigkeit des Kanzlers zur Sprache kommt, bedrückt und peinlich berührt, andere geben ihrem Unwillen über den immer sichtbareren werden den Hang des Kanzlers zur Unaufrichtigkeit auch im Gespräch mit den politisch Andersdenkenden offen Ausdruck.

Das Fazit besteht in der unumstößlichen und peinlichen Tatsache, daß der Bundeskanzler vor dem Bundestag in einer politisch hoch bedeutsamen Angelegenheit bewußt die Unwahrheit gesagt hat. Man wird sich das sehr genau merken müssen.

Kommunisten sprechen lieber englisch

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Ein französischer Kanadier, der Erzbischof von Quebec, hat vor kurzem darauf aufmerksam gemacht, daß die verhängnisvollen Zweideutigkeiten in den Verträgen von Teheran, Jalta und Potsdam - von denen die schlimmste diejenige war, die den Polen die Vertreibung der gesamten deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße ermöglicht hat, obwohl von den Westmächten dabei nur an die Aussiedlung aus den alten polnischen Gebieten gedacht gewesen war - daß diese verhängnisvollen Zweideutigkeiten und Unklarheiten von vornherein hätten ausgeschaltet werden können, wenn man sich bei diesen Vereinbarungen nicht der englischen, sondern wie früher der französischen Sprache bedient hätte. Das sieht zunächst nur wie der Ausdruck einer französischen Selbstgefälligkeit aus; aber bei näherem Zusehen zeigt sich, daß dieser Frankokanadier wahrscheinlich Recht hat. Im übrigen hat ihm ein so unverdächtigter Zeuge wie das britische Foreign Office darin ausdrücklich Recht gegeben.

Französisch ist bis zum ersten Weltkrieg die ausschließliche Sprache der internationalen Politik gewesen. Seine vollkommene Beherrschung war für den Diplomaten fast noch wichtiger als die Herkunft aus einer altadligen Familie. Das ging bis in die Zeit der französischen Vormacht in Europa zurück, hatte daneben aber auch seinen guten sachlichen Grund. Keine andere Sprache war so durchgefeilt und bis zur letzten juristischen und begrifflichen Genauigkeit ausgebildet wie die französische, und die selbstbewußte französische Behauptung, wer französisch spreche, sei gezwungen, sich klar und eindeutig auszudrücken, war begründet.

Nach 1918 ging mit Frankreichs politischem Einfluß auch die internationale Vorherrschaft seiner Sprache verloren. Im Genfer Völkerbund sprach man zwar noch vorwiegend französisch, in den Vereinten Nationen aber spricht man englisch selbst dann, wenn sie in Paris oder Genf tagen. Man hat ausgerechnet, daß im Völkerbund noch 80 Prozent der Mitglieder französisch sprachen, während sich in der UNO nur noch 15 Prozent dieser Sprache bedienen. Die Vorherrschaft der Angelsachsen und die machtpolitische Degradierung Frankreichs drücken sich darin aus.

Von besonderem Interesse ist nun, daß sich heute auch die

in den osteuropäischen Staaten mit auffallender Vorliebe des Russen bedienen. Das scheint verwunderlich, denn gerade die Slawen sind einst, schon um ihre Abneigung gegen Deutschland zu bekunden, eifrige Anhänger des Französischen gewesen. Unter der Führung der Sowjetunion jedoch benutzen sie heute die Sprache des von ihnen so wütend bekämpften Amerika. Schon während des Krieges hat Stalin, wie erwähnt, seine Abmachungen mit den Westmächten in englischer Sprache getroffen.

Der Grund für diesen überraschenden Wechsel ist heute klar. Das Englische ist, insbesondere im amerikanischen Munde, ungenauer und nachlässiger als das Französische. Es verfügt nicht für jede Nuance eines Gedankens über einen geradezu amtlich festgelegten Ausdruck, sondern faßt oft vieles Ähnliche unter demselben Worte zusammen. So war es der sowjetischen Politik willkommen, die im internationalen Verkehr nicht auf Klarheit, sondern auf Verschleierung Wert legt, um nachher in monatelangen Konferenzen über die Auslegung eines Wortes streiten und die ganze Lösung eines Problems verhindern zu können oder um, wie im Falle Potsdam, durch eigenmächtige Auslegung den Partner vor vollendete Tatsachen zu stellen. Man erzählt, daß Gromyko seinerzeit bei den UNO-Beratungen in San Francisco in drei Monaten englisch gelernt habe, um eine englische Rede halten zu können. Berufsmäßige Optimisten haben das seinerzeit für ein Zeichen sowjetischen Entgegenkommens gehalten; heute wissen auch sie, daß es eher ein Beweis sowjetischer Betrugsabsichten war.

+ + +

#### Resignation oder diplomatische Karriere ?

Der badische Staatspräsident Wohleb hat vor einigen Tagen auf einer Delegiertenversammlung der CDU in Offenburg mitteilen lassen, daß er auf jede Kandidatur zu der am 9. März stattfindenden Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung des Südweststaates verzichten werde. Er dementiert jetzt auch die von seinen Anhängern ausgestreute Mitteilung, daß er in den diplomatischen Dienst der Bundesrepublik eintreten werde. So könnte man leicht annehmen, daß er sich nach den Jahren, in denen er ununterbrochen innenpolitische Extratouren, Haarspaltereien gegen die südwestdeutsche Staatsreform und unglückliche Experimente im Verkehr mit den Nachbarn verexerzierte, der stillen Resignation ergeben hätte und von Stuttgart fernbleiben möchte, um nicht den Verdacht eines "Canossaganges" zu erwecken. Hartnäckig erhält sich aber das Gerücht, daß er für einen diplomatischen Posten ansersehen sei, und es läßt sich kaum vorstellen, daß die zähe Betriebsamkeit des Herrn Wohleb plötzlich versiegt sein sollte.

Interessant ist die Tatsache, daß die CDU in Offenburg anstelle Wohlebs den ersten Vorsitzenden der vor kurzem neugegründeten Badischen Zentrumsparlei, Herrn Dr. Karl Person als Spitzenkandidaten berief, der darauf von dem Zentrum, das sich als die "berufliche Vertretung der katholischen Wähler" bezeichnet, prompt ausgeschlossen wurde. Ja, es herrscht viel Verwirrung und Intrige unter den "christlich-demokratischen" Politikern Badens.

H.